

## Aktien- statt Klimafonds

Man ist es nicht gewohnt, dass sich die deutsche Politik und schon gar nicht die Grünen für Fonds einsetzen. So könnte man lakonisch die Forderung der abgebrochenen Theologiestudentin Katrin Göring Eckhardt kommentieren, einen „Klimafonds“ in Höhe von „mindestens 100 Milliarden Euro“ ins Leben zu rufen. Da diese Frau aber Fraktionsvorsitzende der mittlerweile zweitgrößten Partei Deutschlands ist, muss man die Sache ernst nehmen.

Ganz ohne Zweifel ist es der besondere Ehrgeiz unserer politischen Eliten, die Welt mit deutscher Klimaideologie zu beglücken. Auf anderen Gebieten sind die Ambitionen weniger stark ausgeprägt. So schreibt etwa der Vorstandsvorsitzende des Mobilfunkunternehmens 1&1 Rolf Dommert in der gleichen Ausgabe der Online-FAZ, dass jedermann merke, wie Deutschland bei den neuen Technologien nach hinten durchgereicht werde.

Noch ernüchternder sieht es auf dem Feld der Wohlstandsentwicklung aus. Allerdings sind hier die Fakten bereits geschaffen und belegt; es würde Jahrzehnte dauern, um den Anschluss an die führenden Nationen herzustellen. Orientiert man sich an der Geldvermögensentwicklung der Bevölkerung, dann zeigt sich,

dass bei einer Medianbetrachtung Deutschland nicht mehr zu den 20 wohlhabendsten Ländern gehört. In unerreichbarer Ferne liegt in dieser Hin-



sicht der Wohlstandsspitzenreiter und Nachbar, die Schweiz, deren Bevölkerung in der Breite ein beachtliches Vermögensniveau aufweist.

Ausweislich des Credit Suisse Global Wealth Report 2018,

weist Deutschland für das Jahr 2017 einen Vermögensmedianwert von 35.169 US-Dollar pro Einwohner auf. Der Vergleichswert für die Schweiz liegt bei 183.339 US-Dollar und in Großbritannien beträgt er 97.169 US-Dollar. Interessant ist auch der Wert für die USA, der bei 61.667 US-Dollar, und damit doppelt so hoch wie in Deutschland liegt; bei weitem aber nicht an den kanadischen Wert von 106.342 US-Dollar heran reicht. Japan schneidet mit 103.861 US-Dollar sehr gut ab und Südkorea liegt mit 65.463 US-Dollar bereits vor den USA.

Die Zahlen, die sich mit entsprechenden Studien der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Zentralbank weitgehend decken, legen die Frage nahe, wie es dazu gekommen ist, dass die Bundesrepublik bei der Vermö-

gensentwicklung ihrer Bevölkerung wie ein Absteiger aussieht. Als Antwort verweisen Experten nebst der hohen Steuerbelastung und der Überregulierung auf die Sachwertfeindlichkeit der Deutschen. Dazu zählen die vergleichsweise geringe Eigenbesitzquote bei Immobilien und vor allem die viel zu niedrige Beteiligung am Produktivvermögen durch Aktien- bzw. der Aktienfondsbesitz. Während aber Immobilienerwerb und -Besitz teuer und komplex sind, wäre die Teilhabe am Produktivvermögen in Form eines Aktienfonds

günstig und einfach. Umso erstaunlicher ist es, dass Deutschland auf diesem Gebiet einer Diaspora gleicht, obwohl doch die Bevölkerung der These zustimmt, dass unser Land eine starke Wirtschaft hat.

Um der Bevölkerung zu mehr Wohlstand zu verhelfen, wäre stattdessen eher eine Steuerentlastung um mindestens 100 Milliarden Euro sinnvoll. Angefangen bei der Mehrwertsteuer sollten sodann Einkommens- und Ertragsteuern deutlich gesenkt werden. Baga-

tellsteuern und Solidaritätszuschlag gehören abgeschafft. Dass die Fraktionsvorsitzende der Grünen einen staatlichen Klimafonds in Höhe von mindestens 100 Milliarden Euro fordert, belegt nur einmal mehr die irrlichternden Prioritäten in der Politik.

Aus Chicago

Ihr



Dr. Christoph Bruns